

Kampf oder Dialog der Kulturen?

Vortrag Dr. Michael Krapp
am 20. Februar 2007
in Eisfeld

Wo Menschen sind gibt es Konflikte,
Konflikte zwischen Einzelnen und zwischen Gruppen,
Konflikte zwischen Klassen und zwischen Rassen,
Konflikte zwischen Völkern und zwischen Nationen,
Konflikte zwischen Religionen und zwischen Ideologien.

Allzu oft werden diese Konflikte gewalttätig ausgetragen. Gewalt wurde zeitweise verherrlicht, der Krieg von Heraklit zum Beispiel als „Vater aller Dinge“.

Am Ende des 20. Jahrhunderts schien es so, als ob dieses Gesetz der kriegerischen Serie durchbrochen wäre. Der „Kalte Krieg“ schlug gottlob nicht in einen „heißen“ um. Francis Fukuyama meinte gar, dass Ende der Geschichte sei gekommen.

Aber spätestens am 11. September 2001 wurde klar, dass das neue Jahrhundert neue Gewalt bereithält. Zunehmen spricht man in diesem Zusammenhang von Konflikten zwischen unterschiedlichen Kulturkreisen. Samuel P. Huntington hatte bereits 1996 in seinem Bestseller „Der Kampf der Kulturen“ auf diese neuen Konfliktherde hingewiesen.

Eigenartigerweise haben das Ende des „Eisernen Vorhangs“ und der Beginn des „Kampfes der Kulturen“ den gleichen Anlass, nämlich die Globalisierung unserer Welt. Die Globalisierung hat räumliche und zeitliche Grenzen zwischen Menschen, Meinungen und Märkten beseitigt. Damit wurde einerseits der Kalte Krieg ad absurdum geführt und andererseits die bisher voneinander eher isolierten Kulturkreise massiver denn je miteinander konfrontiert.

Das ist Grund genug zu fragen, was wir eigentlich unter Kulturkreis in diesem Sinne verstehen. Das Lexikon klärt uns auf und definiert Kultur als die Gesamtheit der von den Menschen geschaffenen materiellen, geistigen, künstlerischen und ethischen Werte. Der Wortstamm „Kult“ deutet darauf hin, dass insbesondere ethische Werte mit einer Rückbindung an transzendente (übernatürliche) Instanzen zu tun haben, also mit Religion. Kulturkreise sind also durch vorherrschende Religionen gekennzeichnete Weltregionen.

Die wissenschaftliche Prognose des 20. Jahrhunderts, dass die Religionen absterben werden, kehrt sich mit der Globalisierung genau ins Gegenteil um. Immer mehr Menschen auf dieser Welt fragen nach ihren kulturellen Wurzeln, um im Sturm der Globalisierung einen persönlichen Halt, eine Zuflucht in der Gruppe zu finden. Sie wenden sich deshalb verstärkt ihren traditionellen Religionen zu. Dass wir in Mitteleuropa eine entgegengesetzte Entwicklung beobachten, besagt nur, dass wir in der Minderheit sind.

Gleichwohl gehören wir einem Kulturkreis an, der durch die christliche Religion gekennzeichnet ist. Nicht nur die Architektur unserer Städte und Dörfer, unsere bildende Kunst und Literatur legen Zeugnis davon ab, sondern unsere gesamten persönlichen und gesellschaftlichen Werte und Verhaltensnormen sind durch den Christlichen Kulturkreis geprägt.

Dessen Wertekanon beinhaltet vor allem

- die Achtung der individuellen Menschenwürde,
- die Freiheit der einzelnen Persönlichkeit,
- die Gleichberechtigung aller Menschen,
- die Toleranz mit Andersdenkenden und
- die Solidarität mit den Schwachen.

Der christliche Kulturkreis hat den Monotheismus der Juden, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft der Griechen und das Rechtsstaatsprinzip der Römer übernommen.

Neu gegenüber diesen antiken Vorgängerkulturen ist für den christlichen Kulturkreis die Trennung von Religion und Politik, ohne die die Werte Freiheit und Toleranz nicht glaubwürdig gelebt werden könnten. Bis sich dieser Erkenntnis auch auf staatlicher Ebene durchsetzen konnte, hat es allerdings fast zwei Jahrtausende gedauert – von der Stiftung dieser Religion durch Christus an gerechnet. Das Ideal des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates ist das hart erkämpfte Ergebnis, den unser Kulturkreis in die Weltgeschichte eingebracht hat.

Die Globalisierung hat uns in den letzten Jahren sehr bewusst gemacht, dass wir auf dieser Welt mit weiteren Kulturkreisen zusammenleben. Die wichtigsten will ich kurz charakterisieren.

Mit fast 6000 Jahren der älteste dürfte der Konfuzianische Kulturkreis mit seinem Zentrum in China sein. In seinem religiösen Wertekanon steht das Kollektiv über dem Individuum, was den größten Unterschied zum christlichen Kulturkreis darstellen dürfte. Gleichwohl spielen herausgehobene Führer eine dominante Rolle, da sie über ihre göttlichen Eigenschaften den Bezug zur transzendenten Ebene des Kosmos herstellen. Beispiele sind der Japanische Tenno oder Mao in China. Religion (oder Ideologie als Religionsersatz) und Politik sind dort nicht so scharf getrennt, wie wir das inzwischen für notwendig erachten.

Ähnlich alt ist der Hinduistische Kulturkreis auf dem Indischen Subkontinent, der allerdings keinen Religionsstifter und keinen einzelnen Gott benennen kann. Die Gurus als religiöse Lehrer tragen diese Religion schon über Jahrtausende weiter, die sich durch den Gedanken der Reinkarnation auszeichnet. Die unsterbliche Seele findet nach dem Tod einen neuen Körper, dessen Schicksal im Wesentlichen von den Verdiensten oder Verfehlungen des vorangegangenen Lebens abhängt. Die Solidarität mit den Schwachen hat demzufolge einen viel niedrigeren Stellenwert als in unserem Kulturkreis. Auch wenn Indien inzwischen die weltgrößte Demokratie ist, spielt die Religion in Form des Kastenwesens immer noch eine große politische Rolle.

Der jüngste, aber zurzeit auch dynamischste ist der Islamische Kulturkreis. Sein Religionsstifter, Mohammed hat im 7. Jahrhundert nach Christus – so die Legende – im Auftrag von Allah durch Erzengel Gabriel in Mekka den Koran Wort für Wort verkündet bekommen. Der Koran ist deshalb der vollständige und unveränderliche Wertekanon für alle religiösen und außerreligiösen Lebensbereiche, Mohammed deshalb der letzte Prophet – oder eben das „Siegel der Propheten“.

Nach dem Koran ist jeder Mohammedaner verpflichtet, täglich fünfmal Richtung Mekka zu beten und dabei zu bekennen, dass es keinen Gott außer Allah gibt und Mohammed sein Prophet ist, jederzeit Almosen zugunsten der Armen, der Bildung der Jugend und des Dschihad (Heiliger Krieg) zu spenden, regelmäßig zu fasten und wenigstens einmal eine

Pilgerfahrt nach Mekka zu unternehmen. Über diese religiösen Regeln hinaus enthalten die Koransuren auch eine Vielzahl an politischen und sozialen Festlegungen, die das politische Leben der Islamischen Glaubensgemeinschaft und die unterschiedliche Stellung von Mann und Frau detailliert regeln.

Diese Einheit von Politik und Religion, die geradewegs zum Gottesstaat führt, unterscheidet den Islam fundamental vom christlichen Kulturkreis unserer Zeit. In dieser Frage ist der Islam aus unserer Sicht „vorchristlich“. Aus Sicht des Islam ist das Christentum „überholt“, da es nur eine Vorstufe der Verkündigung Mohammeds darstellt. Jesus ist demnach nur ein Prophet Allahs unter vielen anderen, die Bibel ist menschliches Schriftwerk über Gott, aber nicht Gottes Schriftwerk wie der Koran. Die christliche „Trinität“ aus Gott-Vater, Jesus als Sohn Gottes und dem Heiligen Geist ist nach islamischer Lesart Polytheismus und seinerseits ein Rückfall hinter den streng monotheistischen Islam. Immerhin sind die Juden und Christen mit ihrer Bibel in den Augen der Moslem als „Schriftbesitzer“ besser gestellt, als die Ungläubigen, denen die Hölle sicher ist.

Neben diesen elementaren Unterschieden, die schon genug politische Brisanz in einer sich globalisierenden Welt mit sich bringen, macht eine Gemeinsamkeit zwischen christlicher und islamischer Religion die Situation besonders explosiv: beide Religionen sind missionarisch, haben also den Auftrag, sich in alle Welt zu verbreiten. Deshalb will ich mich weiterhin in meinem Vortrag nur noch auf das Verhältnis zwischen christlichem und islamischem Kulturkreis beschränken, wenngleich wir im wirklichen Leben – zum Beispiel in der Wirtschaft - den konfuzianischen und den hinduistischen Kulturkreis nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Was die angesprochene Mission betrifft, haben die jeweiligen Religionsstifter allerdings unterschiedliche Methoden vorgegeben. Währenddem Mohammed davon ausgeht, dass eigentlich alle Menschen geborene Muslime sind, denen das nur noch bewusst gemacht werden muss, wirbt Jesus seine Jünger mit Argumenten und fordert sie auf, gegebenenfalls Eltern und Geschwister freiwillig zu verlassen, um ihm zu folgen. Die Religionsfreiheit steht am Anfang des Christentums, sie kalkuliert auch die Abkehr vom christlichen Glauben ein, oder die Zuwendung zu einer anderen Religion. Wenn ein Moslem zum Christentum konvertieren will, wird er auch heute noch entsprechend Koran mit der Todesstrafe bedroht. Eine für unser Kulturverständnis unspektakuläre Relativierung von Mohammed durch Karikaturen wird zum Anlass für Mord und Brandstiftung durch Islamisten, so dass im voraus- eilendem Gehorsam sogar Mozarts „Idomeneo“ in Berlin abgesetzt wurde.

Eine solche Selbstzensur stellt ein erstes Abrücken vom freiheitlich demokratischen Rechtsstaat dar, weshalb ich die inzwischen erfolgte Wiederaufnahme dieser Berliner Inszenierung von „Idomeneo“ für unbedingt notwendig halte. Wir werden auch in Zukunft durch die Globalisierung intensiver denn je mit den anderen Kulturkreisen konfrontiert. Den angedeuteten Konflikten können wir nicht ausweichen, wenn uns unsere Werte etwas wert sind.

Aber wir können versuchen den Kampf der Kulturen zu vermeiden. Dazu müssen wir fähig für einen Dialog der Kulturen werden. Dazu gehört, dass wir uns unserer kulturellen Wurzeln wieder bewusster werden. Dazu gibt es inzwischen viele Initiativen. Dazu soll auch der heutige Abend dienen. Deshalb wollen wir die wesentlichen Etappen unserer christlichen Kulturgeschichte erinnern.

Am Anfang dieser Geschichte steht Christus, der von Anfang an auf der Trennung von Politik und Religion bestanden hat. Als ihn die Pharisäer mit dieser Frage auf die Probe stellten, war seine Antwort nach Matth. 22, 21: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ Mit dieser Antwort enttäuschte Jesus viele jüdische Zeitgenossen, die von ihm als geistlichen Führer auch die weltliche Befreiung von der römischen Fremdherrschaft erhofften. Statt einem unabhängigen Judenstaat hatte er ihnen lediglich die „Kirche“ als Gemeinschaft der Christen auf Erden angeboten. Zwischen dem „Hosianna“ beim Einzug nach Jerusalem und dem „Kreuzige ihn“ zu Pilatus lagen deshalb auch nur wenige Tage.

Die Geschichte des christlichen Kulturkreises durchzieht wie ein roter Faden die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche.

Zunächst waren die wenigen Christen der Urgemeinde total isoliert. Mit steigender Zahl durch erfolgreiche Mission der Apostel wurde die römische Staatsmacht auf sie aufmerksam. Die Absage der Christen an den politisch-religiösen Herrscherkult der Antike war für das Establishment provokant. Die Verfolgungen etwa unter Kaiser Nero oder Diokletian waren die tragischen Konsequenzen für die Urchristen.

Erst 311 n. Chr. kam eine Wende. Das Christentum wurde mit dem Toleranzedikt von Nikomedia geduldete Religion. Es waren wohl vor allem außenpolitische Schwierigkeiten infolge der Völkerwanderung, die zu dieser Befriedung führten. Aber auch innenpolitische Gründe mögen mitgespielt haben, denn in dieser Zeit teilte sich das Reich in Ost- und Westrom auf und 313 n. Chr. wurde mit dem Mailänder Toleranzedikt die christliche Kirche sogar als gleichberechtigt zu anderen Religionen bestätigt.

Der endgültige Aufstieg zur offiziellen Staatsreligion erfolgte im Jahre 380 unter Kaiser Theodosius I. Mit dieser sicher nicht nur auf Bekehrung sondern auch auf politischem Kalkül beruhenden Entscheidung werden die vom Kirchengründer Jesus gebotene Trennung von Staat und Kirche teilweise wieder aufgegeben. Kaiser und Papst gingen eine machtpolitische Partnerschaft ein, die Machtkämpfe nicht ausschloss. Das war natürlich auch der Religionsfreiheit der Untertanen abträglich. Es sollte fast 2000 Jahre dauern, bis sich Thron und Altar wieder trennten. Lange vorher trennte sich die Kirche wie das Römische Reich in die westliche, die katholische Kirche und in die östliche, die orthodoxe Kirche.

Ostrom mit der Hauptstadt Konstantinopel, dem früheren Byzanz, konnte die Verbindung zwischen Thron und Altar lange stabilisieren, genau genommen bis 1453, dem Jahr des Falls von Konstantinopel und des Aufstiegs von Istanbul als Islamisches Zentrum.

In Westrom ging der weltliche Partner der Kirche recht bald in den Stürmen der Völkerwanderung unter. Zu dieser Zeit hatte der Islam bereits westliche Teile Europas sowie den asiatischen und den afrikanischen Teil des alten römischen Reiches erobert. Es sah also nicht gut aus für den christlichen Kulturkreis.

In dieser Zeit suchte und fand der Papst im Reich der Franken nördlich der Alpen einen mächtigen und missionswilligen Partner. Deren Merowingischer König Chlodwig ließ sich um 500 n. Chr. nicht zuletzt seiner Burgundischen Frau zuliebe taufen, womit die politisch-religiöse Einheit des West-Römischen Reiches gerettet und auf das spätere Kerneuropa nördlich der Alpen übertragen war.

Bonifazius nutzte diese offene Tür zur Missionierung der Germanen. Römisches Papst- und fränkisches Königtum verstärkten auf dieser Basis die Einheit von Staat und Kirche durch Zeichen gegenseitiger Legitimierung und Schutzes. Die spektakuläre Krönung Karls des Großen zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches am Weihnachtsfest des Jahres 800 n. Chr. durch Papst Leo III. machte aller Welt deutlich, dass Europa mit dem Segen der Katholischen Kirche das kulturelle Erbe des weströmischen Imperiums angetreten hatte.

Die erneuerte machtpolitische Partnerschaft von Staat und Kirche in Europa schloss aber in der weiteren Entwicklung erbitterte Kämpfe zwischen beiden Machtzentren und auch innerhalb beider Machtzentren nicht aus. Es gab nicht nur Kämpfe um die Kaiserkrone, sondern auch um die Papstwürde einschließlich Parallelpapsten.

Meist rivalisierten weltliche und geistliche Macht um die Vormacht im Reich. Im Investiturstreit kulminierte die Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Papst um das Recht der Einsetzung von Bischöfen. Heinrich IV. wollte Papst Gregor VII. beim Reichstag zu Worms 1076 sogar absetzen, dieser drohte seinen Widersacher zu exkommunizieren, so dass der sich schließlich auf den berühmten „Gang nach Canossa“ zur Abbitte begab.

Der Streit wurde schließlich 1122 mit einem Kompromiss in Form des Wormser Konkordats juristisch beigelegt. Kaiser Heinrich V. akzeptierte den Anspruch der Kirche auf das Recht der Investitur. Im Gegenzug räumte Papst Kalixt II. ein, dass die Wahl der deutschen Bischöfe und Äbte in Gegenwart kaiserlicher Abgeordneter verhandelt, der Gewählte aber mit den Regalien, die mit seinem geistlichen Amt verbunden waren, vom Kaiser belehnt wurde und somit zum Fürstbischof aufstieg.

Das führte zu einer zunehmenden territorialen Zersplitterung des Reiches, was dem Kaiser machtpolitisch mit Blick auf die erstarkenden Reichsfürsten nicht unrecht war. Der Investiturstreit war damit beigelegt, der politische Einfluss der Kirche über Territorialgrenzen hinaus aber auf lange Zeit gefestigt.

Thomas von Aquin hat sogar die Vormacht der Kirche philosophisch/scholastisch begründet, indem er wie viele Denker des Mittelalters den organischen Vergleich zum Staatsgebilde heranzieht. Hierbei sieht er den Monarchen, als Vertreter Gottes im Staat als Herz des Körpers, dessen Glieder und Organe die Bevölkerung darstellen. Ihre Erfüllung findet jedes einzelne Glied in der Tugendhaftigkeit (angelehnt an Aristoteles). Deshalb sieht er das Priestertum über dem Königtum, der Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche steht also in Glaubens- und Sittenfragen über dem König.

Dieser Burgfrieden zwischen Staat und Kirche führte zwar zu relativer Stabilität der Machtverhältnisse im Mittelalter. Die Vermischung weltlicher und geistlicher Aufgaben war aber auch Ursache für kriegerische Abenteuer wie die Kreuzzüge und eine geistig/kulturelle Stagnation, für Willkür und Unterdrückung, mit Auswüchsen wie Ketzerverfolgung, Hexenwahn und Ablasshandel.

Aus zwei Richtungen bahnte sich ein Ausbruch aus diesem sich verfinsternden Mittelalter an:

Die Humanisten entdeckten das anthropologische Weltbild der Antike neu und setzten dies gegen das theozentrische Weltbild des Mittelalters. Diese als Renaissance – also

Wiedergeburt – bezeichnete Bewegung konnte sich nicht zuletzt wegen der wachsenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit florierender Stadtrepubliken in Italien, den Vorläufern eines selbstbewussten Bürgertums, auch gegen die mächtige Kirche entwickeln. Sie nahm auch die geistigen Potentiale Ostroms in sich auf, nachdem der Islam die christlichen Eliten aus Konstantinopel vertrieben hatten.

Die andere Richtung war rein theologischer Natur. Insbesondere der Ablasshandel rief die Vertreter der reinen christlichen Lehre auf den Plan. Martin Luther hatte insbesondere in Meditation über den Bibelvers bei Römer 1,17 die Erkenntnis, dass Gottes ewige Gerechtigkeit ein reines Gnadengeschenk ist, das dem Mensch nur durch den Glauben an Jesus Christus gegeben wird. Das war in dieser Zeit ein revolutionärer Gedanke und führte zur Renaissance der „Zwei-Reiche-Lehre“ von Christus, also zur Reformation.

Luthers Reformatorische Wende bewirkte nicht nur die konfessionelle Spaltung der Römisch-Katholischen Kirche, sondern hatte wegen der mittelalterlichen Verfilzung von Kirche und Staat auch staatspolitische Folgen. Es kam aber nicht etwa zu einer Trennung von Staat und Kirche, sondern zu zwei machtpolitischen Staat-Kirche-Bündnissen.

Auf der einen Seite überlebte die katholisch dominierte Verbindung von Thron und Altar, nicht ohne sich auch intern zu reformieren. Damals entstand z. B. der Jesuitenorden, der sich nach Außen als „Schild und Schwert“ und nach innen als intellektuelles Reforminstrument der Gegenreformation verstand.

Auf der anderen Seite etablierte sich das protestantische Episkopalsystem, in dem die bischöflichen Rechte von der katholischen Hierarchie auf den Landesherrn übergingen. Dieses System machte die evangelische Kirche zur territorialen Staatskirche, die ihre Rechte nun aus der fürstlichen Souveränität ableitete. Dieser Prozess dezentralisierte die evangelische Kirche und verfestigte die territoriale Zersplitterung vor allem in der Mitte Europas, dem späteren Deutschland.

All dies war sicher nicht die Absicht Luthers, als er 1517 in Wittenberg mit seinen 95 Thesen den Stein ins Rollen brachte. Aber auch er arrangierte sich mit diesen weltlichen Folgen seiner Reformation, da er ohne Unterstützung der auf die evangelische Seite übergetretenen Fürsten nicht überlebt hätte, geschweige denn seine theologischen Ziele hätte weiterverfolgen können.

Die Idee der Reformation war so stark, dass sie trotz mannigfaltiger Gewaltanwendung in der Gegenreformation nicht unterdrückt werden konnte. Im Augsburger Religionsfrieden von 1555 einigten sich die gegnerischen Parteien auf eine religionsrechtliche Parität im Reich, die dem politischen Machthaber eines Territoriums das Recht zugestand, über den Konfessionsstand der Untertanen zu bestimmen. Ein erstes Stück individueller Religionsfreiheit wurde mit dem Recht der Untertanen auf religiös begründete Auswanderung festgeschrieben.

Das hat die weltlichen und geistlichen Fürsten allerdings nicht davon abgehalten, Religionskriege zu führen. Der 30-jährige Krieg hat Europa knapp 100 Jahre später verwüstet wie nie zuvor ein Krieg, trotzdem oder gerade deswegen bekräftigte man 1648 im Westfälischen Frieden die Vereinbarung von 1555, die bis zum Ende des Reiches 1806 die staatskirchenrechtliche Grundordnung in Deutschland war.

Reformation und Humanismus haben nicht nur Religionskriege provoziert, sondern auch die geistige und kulturelle Stagnation Europas durch eine Phase stürmischer Entwicklung abgelöst, die unter dem Begriff der „Aufklärung“ subsumiert wird. Man würde mit dem

heutigen Vokabular sagen, dass vor etwa 450 Jahren in Europa die Kräfte des Wettbewerbs in der Gesellschaft zum Tragen kamen, womit ein immenser wurde, ein Schub, der bis heute wirkt und zur Globalisierung unserer Welt führte. Man kann also schon an dieser Stelle feststellen, dass der christliche Kulturkreis maßgeblich den Prozess in Gang gebracht hat, der Modernisierungsschub ausgelöst die heutige Konfrontation der Kulturkreise zur Folge hat.

Diese Entwicklung hat sich durch überseeische Entdeckungen, durch wissenschaftliche Erkenntnisse, durch neue Erfindungen und nicht zuletzt durch den Buchdruck –das erste moderne Massenmedium - selbst getragen und beschleunigt. Mit letzterem wurde der Bucherwerb auch für das bürgerliche Publikum erschwinglich, ein Verlagswesen mit Zeitungsproduktion und Buchmarkt entstand, die erste Medienrevolution hat das Wissen und seine Verbreitung explosionsartig vermehrt.

Folge der Aufklärung war, dass die auf Frömmigkeit beruhende, autoritäre Geisteshaltungen kritisch hinterfragt wurde, um einer ernüchterten Kultur der Vernunft Vorschub zu leisten. Der aufgeklärte Mensch soll nicht mehr den Vorgaben der Obrigkeiten vertrauen, sondern aus „seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ (Immanuel Kant) herausgehen und sein Leben selbst bestimmt in die Hand nehmen.

Damit geriet auch zunehmend der Absolutismus als politischer Ausdruck der machtpolitischen Partnerschaft von Staat und Kirche in die Kritik. Seine Überwindung erfolgte schrittweise zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten aus oft ganz menschlichen Anlässen.

In England waren es ein königliches Scheidungsprobleme, was eine Trennung des Königtums vom Pabst einleitete und schließlich mit der Glorreichen Revolution von 1688 in der konstitutionellen Monarchie mündete. Der König bzw. die Königin verblieb zwar an der Spitze des Staates und der Anglikanischen Kirche, seine bzw. ihre Machtbefugnisse wurden aber durch Einführung eines gesetzgebenden Parlaments stark einschränkte. Die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative als wesentliche Elemente zukünftiger Demokratien war in die moderne Weltgeschichte eingeführt.

In Frankreich war es die barocke Maßlosigkeit von Ludwig dem XVI., die das Volk 1789 auf die Barrikaden trieb und die erste europäische Republik hervorbrachte, auch wenn diese mit Napoleon vorerst in einer Monarchie neuen Typs endete. In Frankreich wurde auch die Trennung von Staat und Kirche am härtesten vollzogen. Das Prinzip der Laizität definierte Religion ausschließliche als Privatangelegenheit. Daraus folgt, dass Religion nicht nur keine staatliche, sondern auch keine öffentliche Funktion hat. Demnach erkennt Frankreich kirchliche Organisationen zwar in ihrer Existenz an, diese erhalten jedoch keine staatlichen Zuschüsse oder Zutritt zu staatlichen Einrichtungen..

In Nordamerika lösten sich zu dieser Zeit die Kolonien von England und Frankreich und gründeten die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Bill of Rights sind die ersten zehn Amendments (Zusätze) zur Verfassung der USA. Sie gewähren den Einwohnern im Rahmen einer freien demokratischen Gesellschaft bestimmte unveräußerliche Rechte. Dazu gehört vor allem auch die Religionsfreiheit.

Die Besonderheit dieser Verfassung liegt außerdem im Grundsatz der Verfassungsgerichtsbarkeit, d.h. die Rechte sind für jeden Bürger am Supreme Court einklagbar, sogar gegenüber staatlichen Gesetzen, die nicht verfassungskonform sind.

Damit war die „Neue Welt“ nicht nur Teil des christlichen Kulturkreises geworden, sondern hatte auch dessen freiheitlich-demokratische Spitzenposition eingenommen.

Diese Entwicklung ging auch nicht am Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation vorüber, verlief aber dort sehr viel langsamer. Unter dem Druck der französischen Ereignisse wurde in Regensburg mit dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 die größte Säkularisationsaktion der deutschen Verfassungsgeschichte durchgeführt: 112 rechtsrheinische Reichsstände wurden aufgehoben, darunter sämtliche reichsunmittelbaren geistlichen Fürstentümer, Bistümer, Abteien, Stifte und Orden.

Nach der Niederlage von Napoleon wurden allerdings die traditionellen, kleinstaatlichen Machtverhältnisse restauriert, so dass die Bürgerliche Revolution von 1848 nicht zum Erfolg kam. Der Deutsche Nationalstaat konstituierte sich deshalb nicht demokratisch „von unten“, sondern im Rahmen des Krieges mit Frankreich erst 1871 durch die „Blut- und Eisenpolitik“ Bismarcks „von oben“.

Bei dieser Gelegenheit wollte Bismarck auch eine Trennung von Kirche und Staat nach französischem Muster vollziehen. Das gelang ihm trotz sogenanntem Kulturkampf mit der katholischen Kirche nicht. Allerdings konnte er die bedingungslose Religionsfreiheit aller Bürger, die obligatorische Zivilehe und die staatliche Aufsicht über die Schule erreichen.

Das Bündnis von Thron und Altar in Deutschland wurde schließlich erst nach dem Erstem Weltkrieg und der Novemberrevolution von 1918 mit der Reichsverfassung der Weimarer Republik, die in diesem Punkt auf die nicht in Kraft getretene Paulskirchenverfassung von 1848 zurückgriff, beendet. Artikel 137 dieser Verfassung beabsichtigte allerdings keine radikale Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften wie in Frankreich. Stattdessen können Religionsgemeinschaften demnach in Staatsverträgen als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt werden.

Sie können rechtlich selbständig und politisch unabhängig vom Staat arbeiten, mit diesem aber in verschiedenen Bereichen zum Wohle der Bürger kooperieren. Dafür können sie eigene Steuern einnehmen, ein eigenes Dienstrecht einführen, sich an sozialen Aufgaben beteiligen und die Inhalte des staatlichen Religionsunterrichts sowie der staatlichen Theologieausbildung bestimmen.

Die Weimarer Verfassung brachte dem Staat damit insbesondere die Freiheit von den Kirchen und den Kirchen die Freiheit vom Staat. Die Bürger hatten endlich die Freiheit, „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist und Gott zu geben, was Gottes ist“. Damit war eine wichtige Voraussetzung zum Aufbau einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft in Deutschland gegeben.

Die nachhaltige Umsetzung dieser Möglichkeit scheiterte aber vorerst an zu wenig Demokraten, so dass zwei totalitäre Systeme Deutschland heimsuchen konnten. Die gerade überwundene Verbindung von Politik und Religion wurde durch die Verbindung von Politik und Ideologie - nun mit Verfilzung von Staat und Partei - ersetzt. Die verheerenden Folgen beider Diktaturen sind bekannt.

Zunächst ab 1949 im Westen und dann ab 1990 auch im Osten Deutschlands konnte der demokratische Aufbau wieder in Angriff genommen werden. Mit den Artikeln 4 und 140 des Grundgesetzes wurden auch die entsprechenden Bestimmungen der Weimarer

Reichsverfassung zur persönlichen Religionsfreiheit und zur staatlichen Religionsneutralität übernommen. Mit den Kirchen wurden entsprechende Staatsverträge inzwischen auch in Thüringen abgeschlossen.

Doch diese Grundrechte für Religionsgemeinschaften gelten nicht nur für die christlichen Kirchen, sondern grundsätzlich z. B. auch für islamische Gemeinschaften. Bei dem hohen Anteil islamischer Mitbürger in Deutschland wäre ein entsprechender Staatsvertrag eine ernst zu nehmende Möglichkeit der Integration in unsere freiheitlich demokratische Ordnung. Warum gibt es aber noch keinen ernsthaften Versuch, der die Islamische Glaubensgemeinschaft in dieser Form in die Deutsche Gesellschaft integrieren?

Der Grund ist im schon beschriebenen Selbstverständnis des Islam zu suchen, der Politik und Religion als Einheit betrachtet. Die vertragliche Anerkennung eines religiös neutralen Staates würde diesem Anspruch widersprechen und ist deshalb offensichtlich nicht möglich. Abgesehen davon gibt es auch keine den Kirchen entsprechende verfasste islamische Religionsgemeinschaft als Vertragspartner, da eine solche aus der Sicht der Moslems wegen der angeborenen Religionszugehörigkeit gar nicht nötig ist. Stattdessen gibt es viele verschiedene islamische Vereine, die zum Beispiel den Bau von Moscheen betreiben oder eigene theologische Spezialitäten pflegen.

Da also auf eine dem Staat-Kirchen-Verträgen entsprechende Beziehung zum Islam innerhalb von Deutschland nicht zu hoffen ist, verbleibt die Hoffnung darauf, dass die muslimischen Bürger einerseits die individuelle Religionsfreiheit genießen und andererseits loyal zum Grundgesetz stehen. Das geht wegen dem grundsätzlichen Allzuständigkeitsanspruchs des Islam nicht ohne innere und äußere Konflikte.

Die Mehrheit der muslimischen Bürger in Deutschland kann diese Konflikte offensichtlich friedlich kompensieren. Leider werden zu viele aber auch mit Gewalt gelöst, wie zum Beispiel durch Ehrenmorde in von islamischen Familien oder durch Beteiligungen an terroristischen Projekten. Solche Straftaten müssen in Deutschland rechtsstaatlich verfolgt werden, denn die im christlichen Kulturkreis tief verankerte Toleranz endet gegenüber solcher Intoleranz.

Es ist zu begrüßen, dass sich die christlichen Kirchen aktiv um einen Dialog mit dem Islam bemühen. Die EKD hat eine Handreichung für diesen Dialog herausgegeben, der auf „Klarheit und gute Nachbarschaft“ orientiert. Sie geht vom Respekt für den Glauben und die Überzeugung von Muslimen aus, fordert aber diesen Respekt auch für den eigenen Glauben ein. Papst Benedikt der XVI. hat in seiner Augsburger Vorlesung auf die im Islam vermutete Neigung, religiöse Konflikte mit Gewalt zu lösen hingewiesen und verweist auf ähnliche Erscheinungen in der Geschichte der christlichen Kirchen.

Beide Kirchen schlussfolgern aus der gegenwärtigen Situation, dass der Islam vor ähnlichen Aufgaben steht, wie die Kirche vor Reformation und Aufklärung. Das ist eine gewaltige Herausforderung für alle Muslime. Dass die Globalisierung, die den islamischen Kulturkreis aus einer rückständigen Position in die Moderne geschleudert hat, vom christlichen Kulturkreis ausgelöst wurde, vereinfacht die Situation für die Muslime nicht.

Damit aus dieser Herausforderung nicht eine unerfüllbare Zumutung wird, sollten wir mit unseren erkämpften Freiheiten verantwortlich umgehen. Was über die global verfügbaren Medien von unserem Lebensstil in die Hütten von islamischen Entwicklungsländern frei Haus geliefert wird, ist auch im Lichte unseres eigenen Wertesystems nicht immer dazu

geeignet, die freiheitlich demokratische Ordnung als nachahmenswertes Vorbild zu empfehlen.

Fairerweise sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, dass der Islam Phasen hatte, in denen er die Moderne repräsentierte. Die erste Universität der Welt entstand zum Beispiel im marrokanischen Fez, wo der Gelehrte Muhammad Musa al-Chwarizmi (* ca. 783, † ca. 850) den Begriff des Algorithmus' entwickelte, ohne den die moderne Informatik nicht denkbar ist. Und bei allem Stolz des christlichen Abendlandes über die erfolgreiche Reconquista der Iberischen Halbinsel ist man als Tourist auch heute noch beeindruckt von den Zeugnissen einer islamischen Hochkultur in und um die Alhambra auf den Hügeln von Granada. Diese Zeit soll auch durch eine große Toleranz der Moslems gegenüber Christen und Juden gekennzeichnet gewesen sein.

Auf keinen Fall sollten wir uns einbilden, dass wir unsere freiheitlich demokratische Ordnung in die islamische Welt exportieren können. Der Irak ist ein brennendes Gegenbeispiel dafür. Eine nachhaltige Annäherung an freiheitlich demokratische Positionen kann sich nur aus der inneren Entwicklung des Islam ergeben.

Die Türkei hatte sich auf diesen Weg begeben. Anlass dazu war wie so oft bei solchen Paradigmenwechseln ein Desaster. Im diesem Falle war das der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg. In dieser Situation entschloss sich Kemal Atatürk, die türkische Nation durch eine staatspolitische Radikalkur zu retten.

Der westliche Kulturkreis erschien ihm offensichtlich so attraktiv, dass er in Anlehnung an Frankreich erstmalig in einem islamischen Land das Prinzip der Laizität einführte, also Politik und Religion trennte. Zum Garant dieser Säkularisierung des Staates verpflichtete er das Militär.

Das Experiment von Atatürk ist noch nicht abgeschlossen. Der weitgehend säkularen Gesellschaft in Metropolen wie Istanbul und Ankara steht eine zunehmend traditionsorientierte islamische Gesellschaft im ländlichen Bereich gegenüber. Die Religionsfreiheit ist nicht gewährleistet, was vor allem die wenigen türkischen Christen spüren. Der Staat ist nicht neutral in religiösen Angelegenheiten, vielmehr sorgt ein Religionsministerium für die Ausbildung von Imamen. Diese werden auch zeitweise nach Deutschland entsandt, um hier in türkischer Sprache einen authentischen Religionsunterricht für die türkischen Migranten zu gewährleisten. Das fördert nicht gerade deren Integration in die Deutsche Gesellschaft, sondern Parallelgesellschaften.

Dennoch ist die Eröffnung der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei eine Hoffnung, beim Dialog der Kulturen voranzukommen. Der Weg der Türkei nach Europa dürfte lang werden, da eine Menge Zumutungen auf die moslemische Bevölkerung wartet. Diese können wir ihnen nicht ersparen, denn wir wollen nicht hinter unsere Aufklärung zurückfallen. Wenn am Ende dieses Weges eine privilegierte Partnerschaft stände, wäre das auch ein Erfolg. Nicht zuletzt deswegen, weil damit ein gutes Beispiel für einen erfolgreichen Dialog der Kulturen ohne Aufgabe ihrer jeweiligen Eigenständigkeit gesetzt würde.